



## **Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT**

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Verantwortungsvolle Krankenhaus-Investitionsförderung in Sachsen-Anhalt vorantreiben - Investitionsstau abbauen, Qualität sichern**

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5089**

Der Landtag wolle beschließen:

#### **Krankenhausstandorte in Sachsen-Anhalt nachhaltig sichern**

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass Krankenhäuser, unabhängig von ihrer Trägerstruktur, bundesweit unter steigendem systemisch bedingtem Kostendruck stehen. Der Landtag stellt fest, dass es den Ländern aufgrund ihrer Einnahmenstruktur nur sehr schwer möglich ist, notwendige Investitionen zu realisieren. Diese Situation ist auch auf die Rahmenbedingungen und gesetzlichen Vorgaben des Bundes zurückzuführen.

Die aktuellen bundesrechtlichen Vorgaben, die mehr Patientensicherheit und Qualitätssicherung in der Pflege zum Ziel haben, führen aber andererseits zu Einschränkungen in der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Häuser.

Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt gewähren eine flächendeckende medizinische Versorgung der Bevölkerung auf hohem Niveau. Um zukunftsfähige Strukturen sicherzustellen, ist es notwendig, neben dem Erhalt der Grundversorgung eine Schwerpunktbildung zur Qualitätssicherung durchzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung

- zu prüfen, ob ein kreditfinanziertes Investitionsprogramm zur Beseitigung des investiven Nachholbedarfs aufgelegt werden kann. Die Zuteilung der Mittel soll analog zu den pauschalen Fördermitteln gemäß § 9 Abs. 3 KHG erfolgen;
- sich auf Bundesebene für die Neuauflage eines Sonderinvestitionsprogramms (in Anlehnung an die Investitionsfinanzierung nach Artikel 14 GSG) einzusetzen;

(Ausgegeben am 22.10.2019)

- auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Mittel, die der Bund jährlich für Sicherstellungszuschläge an Krankenhäuser für die stationäre Grund-Regelversorgung ausschüttet, erhöht werden;
- zusätzliche Investitionsmittel im Rahmen der Möglichkeiten des Landeshaushaltes für die Häuser bereitzustellen, die keine 30.000 Fälle p. a. (Schwellenwert) nachweisen können bzw. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass der Schwellenwert im Umsetzungsplan KRITIS heruntergesetzt bzw. gestrichen wird;
- zu prüfen, ob und wie der Krankenhausstrukturfonds zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum zur Bildung von lokalen Gesundheitszentren verwendet werden kann;
- zu prüfen, inwieweit es für die Versorgung der Bevölkerung sinnvoll und für die Krankenhäuser im Land attraktiv ist, Kurzzeitpflegeplätze in Krankenhäusern zu ermöglichen.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

Siegfried Borgwardt  
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle  
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN